

An alle KKW-Gegner
innerhalb und außerhalb
der Bürgerinitiativen

Gewaltfreie Aktion
Postfach 600
3400 Göttingen

Liebe Freunde,

Göttingen, den 2.2.77

wir sind Leute, die aktiv gegen die Nutzung der Atomenergie vorgehen. Weil wir wollen, daß die Bewegung wächst, glauben wir, uns zu Wort melden zu müssen.

Wir haben jetzt drei Konferenzen, in Wietzen, in Bremen und in Göttingen erlebt, die deutlich zeigen, daß die Bewegung in zwei Hälften gespalten ist. Wir glauben nicht, daß sich diese Spaltung bei einem erneuten Treffen am 7.2.77 aufheben läßt, weil es um grundlegende Fragen geht, die nur längerfristig diskutiert werden können und müssen, um eine endgültige Spaltung zu verhindern.

Beim Versuch zu analysieren, was eine Entscheidung für eine Großveranstaltung am 19.2.77 in Brokdorf bedeutet, sind wir zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein und die ihr verbundenen politischen und ökonomischen Kräfte versuchen der Anti-KKW-Bewegung eine entscheidende Niederlage beizubringen. Ihre Strategie basiert dabei auf folgendem Kalkül:

1. Ein äußerst brutaler Polizeieinsatz wird geplant und rechtzeitig vorher angekündigt zur Abschreckung der "bürgerlichen" Atomkraftgegner. Durch antikommunistische Propaganda (das Geld-aus-der-DDR-Märchen) sollen Sympathisanten abgedrängt werden. Jede auch noch so gewaltsame Verteidigung des Bauplatzes wird von vornherein gerechtfertigt mit der Behauptung: alle KKW-Gegner, die den Bauplatz besetzen wollen, sind Kommunisten oder Anarchisten, die mit allen Mitteln des Staates daran gehindert werden müssen. Je zielsicherer das Eigentum der Elektrokonzerne verteidigt wird, desto wahrscheinlicher wird es, daß Menschenleben dabei keine Rolle spielen. Wo der Staat aus Gründen der Abschreckung und um seine Feinde zu dezimieren chemische Kriegführung praktiziert, haben wir allen Grund, eine solche Strategie zu unterlaufen: Wir müssen alles tun, um dem Staat die Legitimation für solche Manöver zu entziehen und Menschenleben zu schützen. Das heißt nicht, den Kampf aufzugeben.
2. Die Stärke der Bewegung gegen KKW's ist ihr überparteilicher und solidarischer Charakter. Die Regierung weiß, daß sie ihre Ziele nur durchsetzen kann, wenn es ihr gelingt, diese Bewegung zu spalten: in legalistische Bürger, die den Gerichten vertrauen, und in Radikalinskas, oder besser noch: in terroristische Grüppchen und in nicht mehr aktive, entmutigte, schweigende Mehrheiten. Um das zu erreichen, setzt die Regierung nicht nur ihren Propagandaapparat ein, indem sie die Konflikte unter den KKW-Gegnern schürt, sondern vor allem versucht sie die Ebene der Auseinandersetzung zu militarisieren. Technische Aufrüstung und gewaltsame Strategien sollen bei den Atomgegnern provoziert werden, denn diese Ebene der Auseinandersetzung verschafft der Staatsgewalt entscheidende Vorteile. Es sollen eindimensionale und also für die Regierung gut kalkulierbare Methoden des Kampfes (Gerichtsentscheid oder Gewalt) sich durchsetzen, um die phantasievollen gewaltlosen Regelverletzungen und direkten Aktionen unmöglich zu machen, die in der Vergangenheit ein wesentlicher Grund waren für die Erfolge und das Anwachsen der Bewegung gegen Kernkraftwerke.

Die Messer sind in Brokdorf aufgeklappt. Sollten wir hineinfahren, um der illusionären Annahme, das Kalkül der Regierenden wird sich gegen sie wenden? 100 Tote in Brokdorf könnten das Ende des Atomprogramms bedeuten? Natürlich ist so etwas nicht ganz ausgeschlossen, es wird aber zunehmend unwahrscheinlicher.

Bleibt dann nur Nachgeben? Zuhausebleiben, weil man sich als schuldig erlebt, in eine Sache und Zusammenhänge einbezogen zu sein, deren Ablauf und Folgen man nicht in der Hand hat? Läßt man die anderen KKW-Gegner im Stich, wenn man am 19.2.77 nicht nach Brokdorf schickt? Gibt man seine eigenen Erkenntnisse preis, wenn man nicht mitfährt? Oder ist eine Lösung möglich?

Das Kalkül der Regierenden darf nicht aufgehen!
Und eine endgültige Spaltung der Anti-KKW-Bewegung muß verhindert werden! Und was an erster Stelle steht: Es soll kein Mensch sterben. Solange wir hoffen dürfen, das zu verhindern, ist es unsere Pflicht, alles zu tun, daß kein Demonstrant und kein Polizist für die herrschende Politik sein Leben läßt.

Wichtig ist jetzt, daß wir uns nicht die Strategien der KKW-Betreiber aufzwingen lassen, daß wir uns weder Ort noch Mittel des Kampfes diktieren lassen, sondern selbst die Initiative behalten. Die KKW-Betreiber wollen die Defensive verlassen, in die sie gedrängt wurden. Wir müssen jetzt, wo sie am Kriegsschauplatz Brokdorf uns schlagen wollen, die anderen Standorte verstärkt in den Widerstand einbeziehen, denn das zwingt die politischen und militärischen Kräfte der Regierung sich zu "verzetteln". Unsere Stärke ist unsere große Zahl. Die kommt erst richtig zur Wirkung, wenn wir an vielen Orten gleichzeitig aktiv werden. Durch eine Dezentralisierung des Kampfes wird die Basis möglicherweise verbreitert und die Kooperation der KKW-Gegner in den einzelnen Regionen verbessert. Auf lange Sicht ist das die Hoffnung. Eine Entscheidungsschlacht verlieren wir!

Wir schlagen deshalb vor, den 19.2.77 zum nationalen Aktionstag gegen Kernenergie zu machen. Wir sollten an 6 aktuellen Orten (oder in deren Nähe) Demonstrationen planen. Etwa in Wyhl, Rehling, Biblis, Uentrop, Grohnde und Esensham. Dabei kann es nicht darum gehen, Platzbesetzungen zu versuchen, solange die Bewegung in der Gewaltfrage so uneinheitlich ist. Laßt uns Aktionen planen, die zur Zeit von allen KKW-Gegnern praktiziert und unterstützt werden können. Machen wir diese Aktionen zu einer "Volkszählung" der KKW-Gegner in der BRD!

Und dann müssen wir endlich die grundsätzlichen Fragen unter uns verstärkt diskutieren, etwa die Frage nach den Mitteln des Widerstandes, ob nur der Weg der Gewalt und das bedeutet letztlich ein militärisches Konzept, oder ob ein gewaltfreier Kampf, radikal und entschlossen, aber nicht bewaffnet und das Leben aller Menschen achtend, zum Sieg führen kann.

Bitte diskutieren Sie unsere Vorschläge für den 19.2.77 und nehmen Sie sofort Verbindung zu den anderen Bürgerinitiativen ihrer Region auf, um noch rechtzeitig Absprachen für eine gemeinsame Aktion ihrer Region zu treffen.

Solidarische Grüße

von der Gewaltfreien Aktion Göttingen